

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 58 (1964)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Zwei Versionen  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-140869>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zwei Versionen

Die Weigerung Chinas, das Atomtestabkommen zu unterzeichnen, hat der westlichen Presse wieder einmal in die Hände geschafft. Wie oft bekam man zu lesen, die chinesische Regierung hoffe, ihr Volk könne einen Atomkrieg besser als andere Völker überleben. Es fehlten nicht die begleitenden Karikaturen in Form kriegshungriger chinesischer Berserker. Selbst ein Teilnehmer an den Pugwash-Konferenzen, der Wiener Professor und Atomwissenschaftler Hans Thirring, berichtet in einer Broschüre, betitelt «Mehr Sicherheit ohne Waffen» (Verlag für Jugend und Volk, Wien), «mit dem harten Kurs (unter einem möglichen Präsidenten Goldwater in Amerika und Mao Tse-tung in China) könnte die Pekinger Drohung verwirklicht werden, 300 Millionen Chinesen zu opfern, um den Kapitalismus aus der Welt auszurotten und den überlebenden Kommunisten die Weltherrschaft zu sichern».

Die chinesisch-russische Polemik andererseits zeigt, daß China wohl weiß was ein Nuklearkrieg bedeuten würde — sie läßt aber schließen, daß China nicht glaubt, ein Nuklearkrieg könne gewagt werden. Auch das Interview, das Tschu En-lai der «Agence France Presse» gewährte, macht deutlich, daß sich China über die Wirkungen eines Nuklearkrieges keine Illusionen macht («NZZ» 492, 6. Februar). Auf die Frage, ob Peking glaube, in einem solchen Krieg weniger verletzbar zu sein als alle andern Länder der Welt (mit den logischen Konsequenzen für die Folgen — siehe oben) erklärte er: *«Das ist reine Erfindung. Die Tatsache, daß gesamthaft betrachtet auf vier andere Menschen ein Chinese entfällt, läßt die Annahme zu, daß in China mehr Menschen einem Nuklearkrieg zum Opfer fallen würden als in irgendeinem Staate der Welt. Deshalb widersetzt sich das chinesische Volk einem Atomkrieg, so gut wie jedes andere Land der Welt. Die chinesische Regierung trat verantwortungsbewußt immer wieder für ein vollständiges Verbot und für totale Vernichtung der Nuklearwaffen ein und schlug die Einberufung einer Konferenz aller Regierungschefs der Welt vor, um Diskussionen über dieses Thema zu führen. Wir sind zu tiefst davon überzeugt, daß es möglich ist, die Atomwaffen zu verbieten.»*

Man bekommt manchmal den Eindruck, die Russen hätten die Mär von der Kriegslust der Chinesen und ihre angebliche Verachtung für die nukleare Gefahr tale quale der westlichen Presse entnommen.

Aus der selben Fälscherwerkstatt stammen ja noch so viele Darstellungen. Man muß ein Buch wie *Edgar Snows* «Das andere Ufer» vornehmen, um sich das schiefe westliche Bild von China wieder etwas zurecht zu rücken.\* Dieser Amerikaner, den der frühere Minister-

---

\* Vergleiche «Neue Wege», Februar 1963.

präsident Frankreichs, *Edgar Faure*, als «einen der besten Kenner der Fernostprobleme» bezeichnet, gibt in seinem monumentalen Werk bei objektiver Darstellung der großen Schwierigkeiten materieller Art, ein so hoffnungsvolles Bild von der geistigen Entwicklung des chinesischen Volkes, daß man nur immer staunen muß über die Verblendung des Westens, der unter dem Einfluß der USA positive Veränderungen im Osten einfach nicht zur Kenntnis nehmen will.

Dank der Anerkennung Chinas durch Frankreich ist in diesen Wall der gewollten Isolierung zum ersten Mal eine Bresche geschlagen worden. «Es könnte dieses Ereignis», wie Edgar Snow betont, «die Erneuerung einer Politik beschleunigen, deren Überlebtheit plötzlich allen Amerikanern vor Augen geführt würde.» *Red.*

## Suez- und Panamakanal

«*I. F. Stone's Weekly*» vom 27. Januar 1964 beleuchtet vom Standpunkt des echt Jeffersonschen Demokraten aus die Situation, in die Amerika durch seine Panamapolitik geraten ist.

«Wo die Interessen wie auch der Stolz eines Volkes berührt werden, wie dies für uns beim Panamakanal der Fall ist, gibt es in der Regel nichts was schwerer einzusehen ist als was sich von selbst versteht. 1956 war es unsere Intervention, die den Ägyptern ermöglichte, die Hand auf den Suezkanal zu legen und ihn zu behalten. Wir zwangen Großbritannien, Frankreich und Israel, ihre Truppen zurückzuziehen, größtenteils weil unsere mächtigen Ölkonzerne nicht wünschten, daß die Araber kopfscheu gemacht würden. Für die Bürger von Panama ist dieses Stückchen Weltgeschichte naturgemäß von höchstem Interesse.

### *Seltene Aktivposten der Armen*

Ägypten sowohl wie Panama betrachten den Kanal durch ihr Staatsgebiet als nationalen Aktivposten, von dem sie tüchtig profitieren sollten, haben sie doch sonst so wenig. Die Ägypter bezogen 1961 115 Millionen Dollar an Kanalgebühren, 1962 sogar 120 Millionen Dollar. Die Panamaer andererseits bezogen von 1936 bis 1955 1,7 Millionen Dollar per Jahr aus ihren Kanalrechten, seit 1955 sind es 1,93 Millionen Dollar per Jahr. Dieser Betrag, als ihr Anteil von 58 Millionen Dollar, die wir im letzten Steuerjahr an Kanalgebühren bezogen, sieht ziemlich schäbig aus. Was die Sache noch schlimmer erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß die Gebühren dank dem Druck der USA-Schiffahrtsinteressen immer noch gleich niedrig sind, wie vor dem Ersten Weltkrieg. Die Panamaer sind nun der Auffassung, wie ihr Botschafter am 19. Januar über den amerikanischen Sender CBS er-